

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

ADRESSE Postfach 33 04 47, 28334 Bremen TEL 069.26 02 49 50 FAX 069.43 05 17 64
E-MAIL memorandum@t-online.de INTERNET www.memo.uni-bremen.de KONTO
Axel Troost-Sonderkonto, Postbank Hamburg, BLZ 20 010 020, Konto 100 011 203

29. April 2009

Pressemitteilung kurz

MEMORANDUM 2009

Von der Krise in den Absturz

Stabilisierung, Umbau und Demokratisierung

Krise erfordert Umdenken – Deutschland steckt in der tiefsten Rezession seit 60 Jahren. Die bisherigen Stützungsprogramme, die einzig und allein darauf gerichtet sind, die vorhandenen Strukturen zu konservieren, greifen zu kurz. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert ein massives und tabuloses Umdenken. Es geht um die Zukunftsfähigkeit der Volkswirtschaft. Wichtig ist die Neudefinition von staatlichen Aufgaben. Umfassende Konjunkturprogramme, Rettungsschirme für Banken und staatliche Bürgschaften für Unternehmen machen nur Sinn, wenn zugleich der soziale und ökologische Umbau des ins Wanken geratenen Wirtschaftssystems in Angriff genommen wird.

Pressemitteilung lang

MEMORANDUM 2009

Von der Krise in den Absturz

Stabilisierung, Umbau und Demokratisierung

Krise erfordert Umdenken – Deutschland steckt in der tiefsten Rezession seit 60 Jahren. Die bisherigen Stützungsprogramme, die einzig und allein darauf gerichtet sind, die vorhandenen Strukturen zu konservieren, greifen zu kurz. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert ein massives und tabuloses Umdenken. Es geht um die Zukunftsfähigkeit der Volkswirtschaft. Wichtig ist die Neudefinition von staatlichen Aufgaben. Umfassende Konjunkturprogramme, Rettungsschirme für Banken und staatliche Bürgschaften für Unternehmen machen nur Sinn, wenn zugleich der soziale und ökologische Umbau des ins Wanken geratenen Wirtschaftssystems in Angriff genommen wird.

Im Detail: Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der internationalen Finanzkrise sind derzeit kaum abzuschätzen. Das zeitgleiche Auftreten von tiefer Rezession, finanzieller Kernschmelze, fortschreitender Umweltzerstörung und sozialer Polarisierung auf globaler Ebene charakterisiert die aktuelle Krise. In diesem Gefüge wird auch die Schädlichkeit der exportorientierten deutschen Entwicklungsstrategie offensichtlich. Die Globalisierung schlägt zurück.

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die binnenwirtschaftlich verursachte und eingeleitete Rezession wird von der größten internationalen Finanzmarktkrise der letzten 80 Jahre überlagert. Deutsche Großbanken, öffentliche Landesbanken, Versicherungen und ihre jeweiligen Kapitalanlagegesellschaften haben sich an den Spekulationen auf dem internationalen Finanzmarkt intensiv beteiligt. Angesichts der wirtschaftlichen Verwerfungen wird derzeit die Umwelt- und Klimakrise in den Hintergrund der öffentlichen Debatte gedrängt. Dies ist ein massiver Fehler.

Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich zunehmend die Folgen der umfassenden Krise. In der Vergangenheit hatten Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Lohnzurückhaltung zu einer Umverteilung von Einkommen von unten nach oben beigetragen. Dieser Effekt, der zur sozialen Polarisierung führt, wird in der aktuellen Krise weiter verstärkt.

Die aktuellen Stabilisierungsprogramme der Bundesregierung zielen auf eine Konservierung der bestehenden Strukturen. Sie schreiben letztendlich auch die mit der Agenda 2010 verschärfte soziale Polarisierung fort. Gegenüber den teils halbherzigen und teils kontraproduktiven Maßnahmen der Bundesregierung schlägt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine Politik vor, die Finanzmarktreformen mit Konjunkturpolitik sowie einem sozialen und ökologischen Umbau verbindet. Insbesondere muss der einseitigen Haftungsübernahme des Staates für abenteuerliche Unternehmens- und Bankenentscheidungen ein Ende gesetzt werden. So muss die (Teil-)Verstaatlichung von Banken mit einer aktiven Übernahme der Kontrollrechte und der Gestaltung des Geschäftsmodells durch die öffentliche Hand einhergehen. Zudem wird – neben einer Arbeitszeitverkürzung – ein umfassendes öffentliches Konjunktur-, Beschäftigungs- und Umbauprogramm gefordert. Hierbei stehen Investitionen und Ausgaben für Bildung im Mittelpunkt. Letztendlich hängt der Erfolg der vorgeschlagenen Maßnahmen aber von der konsistenten Neudefinition originärer Staatsaufgaben in einer sozialen Marktwirtschaft ab. Alles in allem zeigt sich: Notwendig für eine dauerhafte Überwindung der Krise ist eine umfassende Teilhabe an und Demokratisierung der Wirtschaft.
